

Beitrag für die Festschrift zum 9. Deutschen Bergmannstag

Bergleute und Gewerkschaft

von Wolfgang Jäger

Mit den Bergrechtsreformen von 1851 bis 1865 ging die ständische Ära des Bergbaus in Deutschland zu Ende. Der bislang staatlich geleitete Bergbau wurde in die Alleinverantwortung der Unternehmer übergeben. Die Bergleute verloren ihre privilegierte Stellung als Staatsangestellte, die sich bis dahin besonderer staatlicher Fürsorge erfreuen durften. Aus den ehemals hoch angesehenen, königstreuen Bergleuten wurden "freie" Lohnarbeiter, ohne jeglichen Schutz vor der Willkür der Unternehmer, die gerade im Bergbau den "Herr-im-Hause-Standpunkt" kompromisslos vertraten. Selbst als im ersten Massenstreik vom Sommer 1872 rund 20.000 Bergleute im Essener Revier für fast sechs Wochen die Arbeit niederlegten, waren die Bergbauunternehmer zu keinerlei Verhandlungen, geschweige denn zu Zugeständnissen bereit. Erst knapp 50 Jahre später, am Ende des Ersten Weltkrieges, als die Niederlage des Kaiserlichen Deutschland feststand, konnten Tarifverhandlungen aufgenommen werden.

Die gewerkschaftlichen Organisationsversuche der Bergarbeiter in den 1860er und 1870er Jahren scheiterten an der Allmacht der Unternehmer, der staatlichen Unterdrückung und auch an eigenen inneren Konflikten. Im katholischen Teil des Ruhrgebiets hatte sich eine bedeutende christlich-soziale Arbeiterbewegung entwickelt, die sogar 1877 bei den Reichstagswahlen in Essen einen Arbeiterkandidaten durchbringen konnte. Die Christlich-Sozialen hielten Distanz zu den Sozialdemokraten, die ihrerseits durch ihren religionsfeindlichen Atheismus ein Zusammengehen erschwerten.

Die Gründung des Alten Verbandes 1889

Der große Bergarbeiterstreik vom Mai 1889 brachte den entscheidenden Anstoß zur Gründung der Bergarbeitergewerkschaft. Die unversöhnliche Haltung der Bergbauunternehmer und die letztlich erfolglose Audienz der Bergleute Bunte, Schröder und Siegel bei Kaiser Wilhelm II. bestärkte die Bergleute in der Überzeugung, dass nur im

eigenen, dauerhaften Zusammenschluss ein Ausweg aus Armut und Rechtlosigkeit zu finden sei.

Am 18. August 1889 gründeten 200 Delegierte von 66 Zechen und 44 Knappenvereinen im Gasthof Ziegler in Dortmund-Dorstfeld den "Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen". Zum Ersten Vorsitzenden wählten sie den "Kaiserdelegierten" Fritz Bunte. Mit dem ersten Deutschen Bergarbeitertag in Halle im September 1890 erfolgte schließlich die reichsweite Ausdehnung des "Verbandes deutscher Bergleute", für den sich bald der Name Alter Verband einbürgerte

Gelang es anfänglich, die verschiedenen politischen Strömungen zu integrieren, so zeigte sich doch sehr bald, dass die Zeit für eine Einheitsgewerkschaft, die unterschiedlichen Weltanschauungen und parteipolitischen Bindungen den ihnen zustehenden Respekt einräumt, noch nicht gekommen war. Die Christlich-Sozialen verließen den Alten Verband, weil sie seine sozialdemokratische Orientierung ablehnten, und sie gründeten schließlich 1894 in Essen eine eigene, vornehmlich katholische Bergarbeitergewerkschaft, den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. 1902 entstand außerdem noch eine polnische Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet. Die aus Ostelbien kommenden Polen waren in den deutschen Verbänden auf mangelndes Verständnis gestoßen, und nicht wenige verkannten die Lage der Zuwanderer und hielten sie für "Lohndrücker", die das Geschäft der Kohlenbarone besorgten. Zusammen mit dem kleinen, liberalen Gewerkverein der Bergarbeiter konkurrierten vier Bergarbeitergewerkschaften miteinander, die sich oftmals gegenseitig im Wege standen.

Schon im Bergarbeiterstreik von 1912 war es zu scharfen Konfrontationen zwischen den Bergarbeitergewerkschaften gekommen, die den Ausstand zum Scheitern brachten. Noch weit dramatischer gestalteten sich die Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, als den nun weitgehend zusammenarbeitenden, etablierten Bergarbeitergewerkschaften linkskommunistische und syndikalistische Bewegungen entgegentraten, die zeitweilig in einem erheblichen Teil der Bergarbeiterschaft Unterstützung fanden. Die erbitterten Auseinandersetzungen rissen tiefe Gräben in den Reihen der Bergarbeiter und fanden ihre Fortsetzung in den scharfen parteipolitischen Kämpfen bis in die 1950er Jahre.

Otto Hue, Heinrich Imbusch und die Spaltung der Bergarbeiterbewegung

Die Spaltung der deutschen Bergarbeiterbewegung in einen vornehmlich freigewerkschaftlichen und christlich-sozialen Flügel repräsentieren zwei herausragende Persönlichkeiten: Otto Hue vom Alten Verband und Heinrich Imbusch vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.

Als Redakteure der Gewerkschaftszeitungen und überaus produktive Publizisten, als Reichstagsabgeordnete, der eine für die SPD und der andere für die katholische Zentrumspartei, prägten sie die konkurrierenden Bergarbeitergewerkschaften. Zugleich spiegelte sich in ihrem Wirken die enge Verbundenheit mit verschiedenen Milieus, dem sozialdemokratischen und dem christlich-sozialen Bergarbeitermilieu, die die Spaltung der Bergarbeiterbewegung schon im vopolitischen Raum begründeten.

Otto Hue war 1895 als Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung in die Dienste des Alten Verbandes getreten, und er hat bis zu seinem frühen Tod 1922 keine anderen gewerkschaftlichen Funktionen übernommen. Trotzdem darf er als die herausragende Führungspersönlichkeit des Alten Verbandes gelten.

Der gegenüber Hue zehn Jahre jüngere Imbusch begann 1905 als Redakteur der christlichen Bergarbeiterzeitung, des Bergknappen, und er hatte schließlich von 1919 bis 1933 das Amt des Ersten Vorsitzenden im Gewerkverein christlicher Bergarbeiter inne. Im Januar 1945 starb der Widerstandskämpfer Heinrich Imbusch, entkräftet von jahrelangem Exil und dem Leben im Untergrund.

Fritz Husemann, der populäre Vorsitzende des Alten Verbandes

Nach dem Tod von Otto Hue 1922 rückte Fritz Husemann zur dominierenden Führungspersönlichkeit im Alten Verband auf. Seit 1902 Gewerkschaftssekretär wurde Husemann schon 1911 zum Zweiten Vorsitzenden gewählt, und er nahm schließlich von 1920 bis 1933 das Amt des Ersten Vorsitzenden wahr. Als sozialdemokratischer Parlamentarier, zunächst im preußischen

Landtag und dann im Reichstag stritt Husemann für die Interessen der Bergleute.

1933 musste Husemann bitter erleben, dass die Nazis sein Lebenswerk zerstörten. Nach einer ersten Verwüstung und Besetzung des Verwaltungsgebäudes in Bochum durch Nazi-Horden im März 1933 wurde der Alte Verband am 2. Mai zerschlagen. Husemann und viele andere Funktionäre kamen in Haft, und die Gewerkschaftsvermögen wurden geraubt.

Nach der Haftentlassung enthielt sich der in Bochum ansässige Husemann jeglicher politischer Betätigung, die nur zur erneuten Verhaftung geführt hätte, und er kümmerte sich vor allem um einzelne Verbandsangestellte, die durch die Zerschlagung der Gewerkschaften in Not geraten waren. Ohne erfindlichen äußeren Grund wurde Husemann 1935 wieder verhaftet und schließlich im April 1935 ins KZ Esterwegen eingesperrt. Von Gewehrschüssen der Wachmannschaft schwer verletzt verstarb er am 15. April 1935. Fritz Husemann wurde von den Nazis ermordet, weil er wie kaum ein anderer die besten Traditionen der freiheitlich-demokratischen Bergarbeiterbewegung verkörperte und große Popularität bei den Bergleuten besaß.

August Schmidt und die Gründung der Einheitsgewerkschaft

Unmittelbar nach der Befreiung im Frühjahr 1945 begann der Aufbau der Einheitsgewerkschaft, der mit der ersten Generalversammlung des Industrieverbandes Bergbau im Dezember 1946 eine wichtige Etappe erreichte. Zum Ersten Vorsitzenden wählten die Delegierten den vormaligen Zweiten Vorsitzenden des Alten Verbandes August Schmidt. Zusammen mit Franz Rotthäuser, er war vor der Auflösung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter dessen Zweiter Vorsitzender gewesen, begründete August Schmidt die vertrauensvolle Zusammenarbeit sozialdemokratischer und christdemokratischer Gewerkschafter im Industrieverband Bergbau.

Neben der Überwindung der weltanschaulichen Zerrissenheit bedeutete die Durchsetzung des Industrieverbandsprinzips den Beginn gemeinsamer gewerkschaftlicher Organisation von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Die Einheitsgewerkschaft als freie und unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmer konnte jedoch nur in den Westzonen Deutschlands verwirklicht werden. Die im Juni 1946 gegründete

IG Bergbau für die Sowjetisch Besetzte Zone entstand als untergeordnete Gliederung der "Massenorganisation" FDGB, die wiederum von der Staatspartei SED politisch bevormundet wurde.

Die Konflikte in der westdeutschen IG Bergbau zwischen Sozial- und Christdemokraten auf der einen Seite und Kommunisten auf der anderen Seite wurden 1950 entschieden. Die Delegierten der 3. Generalversammlung in Hannover stimmten für die verbindliche Einführung der Ortsgruppe als unterste Einheit der Gewerkschaftsorganisation, nachdem bis dahin Ortsgruppen oder Betriebsgruppen aufgebaut worden waren. Damit wurde das traditionelle wohnortsbezogene Organisationsprinzip der deutschen Gewerkschaften erneuert und die von kommunistischer Seite favorisierte betriebsbezogene Organisation verworfen.

Als der 75-jährige August Schmidt 1953 aus dem Geschäftsführenden Vorstand der IG Bergbau ausschied, hatten die Bergleute durch ihre große Arbeitsleistung die Grundlagen des Wirtschaftswunders in Westdeutschland geschaffen. Zwei Jahre zuvor, 1951, war es durch entschlossenes gewerkschaftliches Handeln gelungen, die Montanmitbestimmung im Bergbau durchzusetzen, ein Meilenstein in der deutschen Unternehmensverfassung.

Kohlenkrise und IGBE-Energiepolitik

Auf die 1958 einsetzende Kohlenkrise reagierte die IG Bergbau mit eigenen industriepolitischen Konzeptionen, die die Zukunft der deutschen Energieversorgung und des heimischen Steinkohlenbergbaus sichern sollten. Zusammen mit der sozialverträglichen Anpassung, dem prinzipiellen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, forderte sie die umfassende Neuordnung der deutschen Bergbauwirtschaft und eine einheitliche staatliche Energiepolitik unter Berücksichtigung aller Energieträger. Mit dem Marsch auf Bonn 1959, an dem sich 60.000 Bergleute beteiligten, setzte sie ein unübersehbares Zeichen. Um ihren Anspruch als Energiegewerkschaft zu unterstreichen, änderte die IG Bergbau 1960 ihren Namen in IG Bergbau und Energie.

Gelang es mit der Gründung der Ruhrkohle AG 1969, den Modernisierungs- und Schrumpfungprozess des Steinkoh-

lenbergbaus in geordnete Bahnen zu lenken, so wurde mit der 1971 verabschiedeten Anpassungsgeldregelung der Vorruhestand für Bergleute unter Tage bis auf 50 Jahre gesenkt. Der heimische Steinkohlenbergbau als sicherer Energielieferant und High-Tech-Branche blieb erhalten und der unvermeidliche Belegschaftsabbau konnte sozialverträglich gestaltet werden. Der Energiekonsens garantierte, dass die deutsche Steinkohle einen wesentlichen Platz im Energiemix einnahm. Nach der deutschen Einheit 1990 galten die gleichen Bemühungen der ostdeutschen Braunkohle, wobei es zumindest gelang, Teile des Bergbaus zu erhalten, den Kraftwerkspark zu modernisieren und den unabwendbaren Belegschaftsabbau sozial abzufedern.

IGBE wird Einheitsgewerkschaft in ganz Deutschland

Der demokratische Umbruch in der ehemaligen DDR 1989/90 erfasste sehr schnell den Bereich der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. In der Bergbau- und Energiewirtschaft gründeten sich neue, autonome Einzelgewerkschaften, die schließlich die Staatsgewerkschaft FDGB verließen.

In ihrer Berliner Erklärung vom 18. Juni 1990 vereinbarten die IG Bergbau und Energie, die IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft, Sitz Ost-Berlin, und die IG Wismut, Sitz Chemnitz, alle notwendigen Schritte zur gewerkschaftlichen Einheit in Deutschland einzuleiten. Mit der erforderlichen Satzungsänderung der IGBE, der Selbstauflösung der beiden ostdeutschen Gewerkschaften und der Empfehlung an ihre Mitglieder, der IGBE beizutreten, konnte die organisatorische Einheit zum 1. November 1990 erreicht werden. Mit dem ersten gesamtdeutschen Kongress im Mai 1991 in Dortmund wurde schließlich die Einheit auf allen Ebenen verwirklicht.

1997 – Das Jahr der Entscheidung

Mit dem 1. ordentlichen Kongress der IG Bergbau, Chemie, Energie vom Oktober 1997 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung. Die IG Bergbau und Energie verzichtete auf ihre Eigenständigkeit und fusionierte mit der IG Chemie-Papier-Keramik und der Gewerkschaft Leder zur neuen IG Bergbau, Chemie, Energie, ein Schritt, der schon Ende 1991 von den Vorsitzenden Hans Berger und Hermann Rappe angeregt worden war. Neben

anderen Gründen ging es ihnen vor allem darum, die energie- und insgesamt industriepolitische Gestaltungskraft der Gewerkschaften zu erhalten.

Vor diesem gewerkschaftsorganisatorischen Neuanfang stand noch der überaus heftige Konflikt um die Zukunft der heimischen Steinkohle am Anfang des Jahres 1997. In monatelangen Aktionen machten die Bergleute und viele Mitbürger bei Mahnwachen, Demonstrationen und dem „Band der Solidarität“, an dem sich allein 220.000 Menschen in eine 93,1 km lange Kette einreihen, auf ihre Sorgen aufmerksam. Sie forderten eine verlässliche Perspektive für die Zukunft der Steinkohle und den sozialverträglichen Strukturwandel. Erst nach machtvollen Demonstrationen der Bergleute in Bonn war ein Kompromiss möglich, der in der kohlepolitischen Vereinbarung vom 13. März festgeschrieben wurde. Sie schuf die Grundlage für die weitere Entwicklung der heimischen Steinkohle bis 2005 und den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Zugleich wurde ausgehandelt, dass der Anpassungsprozess mit hoher Geschwindigkeit fortgesetzt wird, was von den Bergleuten noch zahlreiche Opfer verlangt.